

Sechs-Punkte-Plan für eine bezahlbare Gasversorgung

verantwortlich: Jörg Cezanne, MdB

1. Oktober 2026



Die Gasspeicherfüllstände liegen zu Beginn der Heizperiode auf einem historischen Tiefstand. Selbst wenn ein physischer Gas-Engpass abgewendet werden kann – für die Menschen wird es enorm teuer. Für viele Haushalte ist die Belastungsgrenze längst erreicht. Schon im letzten Jahr hatten in Deutschland 3,8 Millionen Menschen mit Zahlungsrückständen bei Strom und Gas zu kämpfen. Die seit März gestiegenen Börsenpreise schlagen bereits voll auf die Preise für Neukund:innen durch. Mieter:innen mit Zentralheizung oder Fernwärme müssen mit fetten Nachzahlungen nach dem Winter rechnen. Abhängig von der Wohnfläche können das gut und gerne 800 Euro werden.

Seit einem halben Jahr warnen wir als Linke vor dieser Situation. Die bundeseigenen Gasimporteure Uniper und SEFE besitzen zusammen die Hälfte aller Gasspeicher. Die Möglichkeit, über den Sommer Gas vergleichsweise günstig selbst einzuspeichern, wurde von der Bundesregierung verpasst. Viel zu spät und erst nachdem Die Linke wiederholt gefordert hatte, das staatliche Energieunternehmen SEFE anzuweisen, die Einspeicherung von Erdgas zu erhöhen, erteilte diese Woche das BMWi die Anweisung an SEFE, bis Mitte Dezember acht Terawattstunden Gas zu beschaffen. Angesichts des Gesamtvolumens an Erdgasspeichern in Deutschland von rund 247 Terawattstunden und den weiterhin niedrigen Füllständen von knapp 58 Prozent kann dies jedoch nur ein erster kleiner Schritt sein.

Wir fordern die Bundesregierung auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1) **Gasspeicher auffüllen, Gasengpass abwenden**

Neben SEFE muss auch Uniper verpflichtet werden, kontinuierlich, aber moderat Gas einzuspeichern. Noch immer sind 17 Prozent der Speicherkapazitäten ungebucht. Preistreibende Sonderausschreibungen, wie sie Ministerin Reiche jetzt in Erwägung zieht, lehnen wir ab. Solche Eingriffe begünstigen lediglich die Spekulation und steigern die Gewinne säumiger Gashändler.

2) **Gaspreis beobachten und Gewinnmargen regulieren**

Eine unabhängige Aufsicht muss Transparenz über die Preis- und Kostenentwicklung in der Gasbranche herstellen. Sie ermöglicht eine objektive Bewertung der Beschaffungs-, Transport- und Vertriebskosten sowie der Ein- und Verkaufspreise. Damit ist sie die Voraussetzung, um Marktmissbrauch und Preistreiberei seitens der Energiekonzerne zu bekämpfen – etwa durch die Einführung einer dauerhaften Deckelung der Gewinnmargen.

3) **Schnell entlasten**

Neben einem jährlichen Klimageld von 320 Euro fordern wir, so schnell wie möglich ein Energiekrisengeld in Höhe von 150 Euro an alle Bürger:innen auszuzahlen. Die Auszahlung sollte im Rahmen der Steuererklärung als zusätzliches Einkommen gewertet werden – dadurch würden die, die am wenigsten haben und nicht steuerpflichtig sind, am meisten profitieren. Dazu muss das Bundesministerium für Finanzen schnellstmöglich den seit Jahren erwarteten Direktauszahlungsmechanismus in Kraft setzen, damit noch während der Heizperiode bei Heizkosten und bei drohenden Nachzahlungen unterstützt werden kann.

4) **Gas- und Stromsperren verbieten**

Gas- und Stromsperren durch Energieversorger müssen verboten werden. Niemand darf im Winter frieren müssen, weil er sich absurd teure Gaspreise nicht mehr leisten kann.

5) **Privatisierung stoppen**

Der Reprivatisierungsprozess der bundeseigenen Energieunternehmen Uniper und SEFE muss sofort abgebrochen werden. Es besteht explizit kein Reprivatisierungszwang seitens der EU für Netze und Speicher. Wir als Linke lehnen jegliche Privatisierung kritischer Energieinfrastruktur ab. Bezahlbare Energiepreise sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Hier darf es keine privaten Renditen auf Kosten der Allgemeinheit geben.

6) **Übergewinne einziehen**

Wir fordern, unverzüglich eine Übergewinnsteuer im fossilen Energiesektor, also für Öl, Gas und Kohle, nach Vorbild des EU-Energiekrisenbeitragsgesetzes einzuführen. Wie auch in der letzten Gaspreiskrise 2022 nutzen auch dieses Mal die Energiekonzerne die Weltlage für zusätzliche Abzocke aus. Dieses leistungslos eingenommene Geld muss für die Allgemeinheit zurückgewonnen werden, um Entlastungsmaßnahmen zu finanzieren.

Zitat von Jörg Cezanne, energiepolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Bundestag:

„Statt vorzusorgen, war es Katherina Reiche wichtiger, Uniper für die Reprivatisierung ‚fit‘ zu machen. Das heißt: Satte Gewinne hatten Priorität gegenüber Versorgungssicherheit mit bezahlbarem Gas. Jetzt steht Frau Reiche mit dieser Politik vor einem Scherbenhaufen. Die Bevölkerung und die Wirtschaft sichert sie nicht ansatzweise ausreichend gegen eine Gasmangellage ab. Angesichts der Verwerfungen auf den internationalen Gasmärkten ist das hochgradig fahrlässig. Dass Uniper und SEFE privatisiert werden müssten, ist schlicht falsch. Das Gegenteil stimmt: Es besteht explizit kein Reprivatisierungszwang seitens der EU für Netze und Speicher. Letztendlich zeigt die kürzlich erfolgte ministerielle Anweisung an SEFE, Gas einzuspeichern, wie sehr wir kri-

tische Energieinfrastruktur in öffentlicher Hand brauchen, um die Versorgung zu sichern. Dass aus Angst, ihre Rechnungen nicht bezahlen zu können, auch diesen Winter viele darauf verzichten werden, ihre Wohnung ausreichend zu heizen, ist ein untragbarer Zustand. Wir fordern, schnell ein Energiekrisengeld an alle Bürger:innen auszuzahlen – das würde die größte Not sofort lindern.“